

**Ausführungsvereinbarung
über die gemeinsame Förderung von Forschungsbauten an Hochschulen
einschließlich Großgeräten
- Ausführungsvereinbarung Forschungsbauten an Hochschulen
einschließlich Großgeräten (AV-FuG) -**

vom <einzusetzen: Datum>, BAnz S. <einzusetzen: Seitenzahl>

Die Bundesregierung und die Regierungen der Länder in der Bundesrepublik Deutschland schließen auf Grund des Artikels 91b Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 des Grundgesetzes folgende Ausführungsvereinbarung:

§ 1

Ziele

Die investiven Voraussetzungen der deutschen Hochschulen für eine erfolgreiche Teilnahme am nationalen und internationalen Wettbewerb in der Forschung sollen verbessert werden.

§ 2

Gegenstand der gemeinsamen Forschungsförderung

- (1) Die Vertragschließenden fördern gemeinsam nach Maßgabe von Artikel 91b Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 des Grundgesetzes die Realisierung von Forschungsbauten an Hochschulen einschließlich Großgeräten.
- (2) Gefördert werden können Maßnahmen an staatlichen Hochschulen und an nichtstaatlichen institutionell akkreditierten Hochschulen.
- (3) Förderungsfähige Investitionsvorhaben für die Hochschulforschung müssen sich durch herausragende wissenschaftliche Qualität und nationale Bedeutung auszeichnen.

§ 3

Förderung von Forschungsbauten

- (1) Forschungsbauten sind eine für die Forschung benötigte abgrenzbare und zusammenhängende Infrastruktur (Liegenschaften; Neu-, Um- und Erweiterungsbauten mit Erstausrüstung einschließlich Großgeräten), die durch eine Forschungsprogrammatisierung bestimmt wird.
- (2) Die Förderung erfolgt thematisch offen und im Rahmen in der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) vereinbarter programmatisch-struktureller Linien.
- (3) Gefördert werden kann die Realisierung eines Forschungsbaus, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt sind:
 1. Die Infrastruktur dient weit überwiegend der Forschung.
 2. Die Forschung ist von überregionaler Bedeutung. Überregional bedeutsame Forschung zeichnet sich in der Regel durch ein innovatives, interdisziplinäres Forschungskonzept aus. Indizien für die erfolgreiche Umsetzung eines solchen Konzepts können z.B. Graduiertenschulen, Exzellenzcluster, DFG-Forschungszentren, Sonderforschungsbereiche, DFG-Forschergruppen, Graduiertenkollegs, BMBF-, EU-Förderung, herausragende Drittmittelwerbung und Publikationstätigkeit, renommierte Preise sein.
 3. Die Investitionskosten übersteigen 5 000 000 Euro.

(4) Anträge der Länder auf die Förderung von Forschungsbauten werden dem Bund und dem Wissenschaftsrat vorgelegt. Der Wissenschaftsrat empfiehlt der BLK, welche der von den Ländern angemeldeten Maßnahmen realisiert werden sollen. Die Empfehlungen enthalten eine Darstellung aller Anmeldungen, ihre Bewertung einschließlich ihres finanziellen Umfangs nach § 9 Abs. 3 sowie eine Reihung der Projekte unter Beachtung des § 2 Abs. 3 sowie des § 3 Abs. 2. Die BLK entscheidet mindestens einmal jährlich über die Aufnahme der Vorhaben in die gemeinsame Förderung. Bei als Forschungsbauten angemeldeten Großgeräten, deren Investitionskosten 5 000 000 Euro übersteigen, gibt der Wissenschaftsrat eine Empfehlung zur Übereinstimmung des Projekts mit den Zielen und Voraussetzungen der Förderung ab. Zusätzlich sind alle Großgeräte in Forschungsbauten der DFG zur Begutachtung vorzulegen.

§ 4

Übergangsregelung

(1) Das Überleitungsverfahren dient einem gleitenden Übergang von der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau zur Förderung von Forschungsbauten nach Artikel 91b Abs. 1 des Grundgesetzes.

(2) Bis zum Ende des Jahres 2008 können laufende Vorhaben des 35. Rahmenplans gefördert werden, wenn sie den Kriterien des Artikels 91b Abs. 1 des Grundgesetzes entsprechen.

(3) Für das Jahr 2007 wird ein Vorwegabzug in Höhe von 20 000 000 Euro für neue Vorhaben vorgenommen. Danach werden für die Länder Kontingente nach dem Königsteiner Schlüssel gebildet. In diese werden einzelne Vorhaben (laufende und neue Vorhaben) aufgenommen. Darüber entscheidet der Bund mit dem jeweiligen Land. Die Länder können für 2007 innerhalb ihres jeweiligen Kontingents die Raten der Einzelvorhaben ändern und nicht aufgenommene Forschungsbauten zur Ausfüllung des Kontingents nachmelden.

(4) Neue Vorhaben, die bereits in die Kategorie II des Rahmenplans aufgenommen waren, bedürfen auf Anforderung des Bundes einer positiven Empfehlung des Wissenschaftsrates auf der Basis der bisherigen Maßstäbe. Neue Vorhaben, die noch nicht zum Rahmenplan angemeldet bzw. in Kategorie III oder P eingestuft waren, bedürfen in jedem Fall einer positiven Empfehlung des Wissenschaftsrates auf der Basis des § 3 Abs. 4.

(5) Vorhaben, die gemäß Absatz 3 Satz 2 bis 4 in die Finanzierung aufgenommen wurden, können bis Ende des Jahres 2008 vom Bund mitfinanziert werden. Eine Weiterfinanzierung nach 2008 ist nur dann möglich, wenn sie das neue Verfahren nach § 3 Abs. 4 durchlaufen haben. Die Aufnahme von in 2008 nach § 3 neu beantragten Vorhaben durchläuft ebenfalls dieses Verfahren. Es wird sichergestellt, dass 2008 hierfür und für die nach Absatz 3 Satz 1 in 2007 neu begonnenen Vorhaben im Rahmen der Förderung von Forschungsbauten ein Ansatz von 100 000 000 Euro zur Verfügung steht. Sollten die Mittel für neue Vorhaben 2008 nicht ausgeschöpft werden, so werden diese nach dem Königsteiner Schlüssel auf geeignete Vorhaben der Länder verteilt.

§ 5

Finanzierungsobergrenzen, Mittelbereitstellung

(1) Vorhaben werden mit einem Höchstbetrag in die Förderung aufgenommen. Kostenerhöhungen können nicht mitfinanziert werden. Die Höchstbeträge und die auf die einzelnen Jahre entfallenden Raten werden von der BLK festgelegt.

(2) Der Förderungshöchstbetrag eines Landes wird durch die jeweiligen Jahresraten der in die Förderung aufgenommenen Vorhaben gebildet. Die Länder können innerhalb dieses Betrages die Raten der Einzelvorhaben ändern.

(3) Die Mittel werden vom Bund entsprechend dem Fortschritt der Vorhaben des jeweiligen Landes bereitgestellt.

Protokollnotiz zu § 5 Abs. 3:

Es besteht Einvernehmen, dass der Nachweis des Baufortschritts durch Berichte des jeweiligen Landes erbracht wird.

§ 6

Baubeginn

(1) Ein Baubeginn ist nach Beschlussfassung der BLK über die Aufnahme in die Förderung möglich.

(2) Wird mit dem Bau bereits nach Empfehlung des Wissenschaftsrates begonnen, liegt das Risiko für die Aufnahme des Vorhabens in die Förderung ausschließlich beim Land.

§ 7

Berichtspflicht

Die Länder berichten dem Bund jährlich über den Abfluss der Mittel je Forschungsbau bis zum 1. Juni des jeweiligen Folgejahres; über abgeschlossene Vorhaben ist zusammenfassend zu berichten.

§ 8

Förderung von Großgeräten

(1) Großgerät ist die Summe der Geräteteile einschließlich Zubehör, die für einen vorgesehenen Betriebszustand eine Betriebseinheit bildet. Zwischen dem Grundgerät (einschließlich Software) und dem Zubehör - dazu können auch die für den Betrieb nicht unmittelbar notwendigen methodischen und messtechnischen Ergänzungen oder Hilfsmittel gehören - soll eine angemessene Relation bestehen.

(2) Die gemeinschaftliche Finanzierung bezieht sich auf das Großgerät ohne Baukosten mit Beschaffungskosten bis 5 000 000 Euro.

(3) Gefördert werden kann die Beschaffung eines Großgerätes, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt sind:

1. Das Gerät dient weit überwiegend der Forschung. Dies ist dann der Fall, wenn die Notwendigkeit seiner Beschaffung und seiner Nutzung allein mit dem Einsatz in der Forschung begründet wird. Darüber hinaus darf das Gerät auch in der Lehre und/oder Krankenversorgung eingesetzt werden. Diese Gebiete werden bei der Beurteilung der Notwendigkeit nicht berücksichtigt.

2. Die Kosten für die Beschaffung des Geräts einschließlich Zubehör übersteigen an Fachhochschulen 100 000 Euro, an anderen Hochschulen 200 000 Euro.

(4) Die Großgeräteanträge, die zu jeder Zeit eingereicht werden können, werden nach Maßgabe der jeweiligen Landesregelungen bei der DFG vorgelegt. Die Länder bzw. gegebenenfalls die Hochschulen versichern dabei die Kofinanzierung.

(5) Die Fördermittel des Bundes nach § 9 Abs. 2 Satz 2 werden in den Wirtschaftsplan der DFG eingestellt. Die DFG begutachtet die Anträge nach den üblichen DFG-Qualitätskriterien und entscheidet über die Fördermittel autonom nach Qualitätskriterien. Die DFG stellt auf Anforderung die anteiligen Bundesmittel zweckgebunden zur Verfügung. Die Beschaffung erfolgt durch die Hochschulen. Nach Abschluss

der Beschaffung legt das Land bzw. die Hochschule der DFG einen Verwendungsnachweis vor. Die DFG berichtet der BLK auf Anforderung.

§ 9

Finanzierungsschlüssel, Zuweisungen

- (1) Die Mittel für die Förderung von Forschungsbauten und Großgeräten werden je zur Hälfte von Bund und Ländern getragen.
- (2) Der Bund stellt für die Gemeinschaftsaufgabe gemäß § 2 Abs. 1 Satz 3 des Entflechtungsgesetzes 298 000 000 Euro jährlich bis 2013 zur Verfügung. Davon werden im Jahre 2007 85 000 000 Euro für die Förderung von Großgeräten eingesetzt. Die Aufteilung der Mittel wird erstmals im Jahre 2007 überprüft und gegebenenfalls durch die BLK geändert. Sie soll nach jeweils drei Jahren erneut überprüft werden, wenn die BLK keine abweichende Frist beschließt.
- (3) Die finanzielle Abwicklung der Förderung von Forschungsbauten erfolgt auf der Basis der Entscheidung der BLK zwischen dem Bund und dem jeweiligen Land. Die Beteiligung des Bundes erfolgt auf der Basis einer Kostenermittlung auf Richtwertbasis oder einer vom Land geprüften Bauunterlage.
- (4) Die im Falle der Realisierung eines Forschungsbaus durch Einschaltung Dritter entstehenden Finanzierungskosten werden vorbehaltlich anders lautender Entscheidungen der BLK nicht mitfinanziert.

§ 10

Zweckentfremdung/Erstattung

Wird ein auf Grund der Vereinbarung durchgeführter Forschungsbau oder ein Großgerät nicht zweckentsprechend genutzt, zahlt das Land an den Bund einen Betrag in Höhe der Hälfte des Verkehrswertes zurück, es sei denn die BLK billigt eine andere Verwendung. Werden vom Bund zur Verfügung gestellte Haushaltsmittel zweckwidrig verwendet, sind diese vom Zeitpunkt der zweckwidrigen Verwendung an vom Land in Höhe von 3,5 Prozentpunkten über dem jeweiligen Basiszinssatz nach § 247 des Bürgerlichen Gesetzbuches zu verzinsen. Wesentliche Beanstandungen durch Landesrechnungshöfe sind dem Bund mitzuteilen.

§ 11

Evaluation

Die Ausgestaltung der Gemeinschaftsaufgabe wird evaluiert. Die Ergebnisse der Evaluierung sollen bis Mitte 2012 vorliegen.

§ 12

Weitere Regelungen

Die BLK beschließt das Nähere über das Verfahren der Förderung von Forschungsbauten. Dies gilt insbesondere für

1. programmatisch-strukturelle Linien und deren Konkretisierung unter Berücksichtigung von Empfehlungen des Wissenschaftsrates; hierzu gehören insbesondere der Inhalt, der Umfang und die Dauer von Förderlinien,
2. Einzelheiten der Anmeldung der Förderanträge einschließlich der Fristen und
3. die für die Realisierung von Forschungsbauten durch Einschaltung Dritter geltenden Besonderheiten.

§ 13

Laufzeit, Inkrafttreten

(1) Diese Vereinbarung wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Sie kann mit einer Kündigungsfrist von zwei Jahren zum Ende des Kalenderjahrs, jedoch erstmals zum 31. Dezember 2012 gekündigt werden. Sie kann ab diesem Zeitpunkt auch durch Beschluss der BLK geändert oder aufgehoben werden; der Beschluss bedarf der Zustimmung der Vertreterinnen und Vertreter der Bundesregierung und aller Länder.

(2) Die Vereinbarung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2007 in Kraft. Bei Außerkrafttreten des Verwaltungsabkommens zwischen Bund und Ländern über die Errichtung einer BLK tritt auch diese Vereinbarung außer Kraft.

Berlin, den

Für die Bundesrepublik Deutschland

Für das Land Baden-Württemberg

Für den Freistaat Bayern

Für das Land Berlin

Für das Land Brandenburg

Für die Freie Hansestadt Bremen

Für die Freie und Hansestadt Hamburg

Für das Land Hessen

Für das Land Mecklenburg-Vorpommern

Für das Land Niedersachsen

Für das Land Nordrhein-Westfalen

Für das Land Rheinland-Pfalz

Für das Saarland

Für den Freistaat Sachsen

Für das Land Sachsen-Anhalt

Für das Land Schleswig-Holstein

Für den Freistaat Thüringen